

Grüne Reihe

13

Steuerrecht für Studium und Praxis

Bruschke

**Grunderwerbsteuer
Kraftfahrzeugsteuer
und andere Verkehrsteuern**

7. Auflage

Bruschke · Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer
und andere Verkehrsteuern

Grüne Reihe

Band 13

Gründerwerbsteuer Kraftfahrzeugsteuer und andere Verkehrsteuern

Versicherungsteuer

Feuerschutzsteuer

Rennwett- und Lotteriesteuer

Von

Dipl.-Finanzwirt Gerhard Bruschte, Steueroberamtsrat

7. Auflage

2016

Herausgeber:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft

efv Erich Fleischer Verlag, Achim

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1137-4

© 2016 Erich Fleischer Verlag, Achim.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: iBK Druck & Service, Scheeßel

Vorwort zur 7. Auflage

Die vorliegende 7. Auflage wendet sich an die Praxis und an die Auszubildenden sowohl in der Steuerverwaltung als auch in den steuerberatenden Berufen. Sie wird von Steueroberamtsrat und Dipl.-Finanzwirt Gerhard Brusckke, der als Sachgebietsleiter eines nordrhein-westfälischen Finanzamtes insbesondere im Bereich der Rechtsbehelfsstelle tätig ist und bereits über zahlreiche Veröffentlichungen – nicht nur zum KraftStG und GrEStG – bekannt wurde, betreut.

Die Darstellung enthält neben dem theoretischen Gerüst zahlreiche Beispiele und (in der Praxis entschiedene) Einzelfälle. Die Fülle der Erläuterungen wird dem Lernenden sicher in seinem Bemühen helfen, den meist abstrakten Text von Gesetz und Verordnung auf den konkreten Fall anwenden zu können. Die Wiedergabe der Rechtsprechung und der Verwaltungsauffassung bietet gleichzeitig dem Praktiker eine Fundgrube, welche die Verwendung eines offiziell als Kommentar gekennzeichneten Werkes weitgehend überflüssig macht. Auf dem Gebiet der Feuerschutz-, Rennwett- und Lotteriesteuer sind nach den Erfahrungen des Verfassers ähnlich ausführliche und aktuelle Darstellungen zurzeit nicht erhältlich. Der Kraftfahrzeugsteuer-Teil steht hinter den ausführlichsten Kommentaren nicht zurück und ist in höchstem Maße aktuell.

Dennoch lässt es der Charakter eines Lehrbuches nicht zu, alle bei der Anwendung von Gesetzen auftretenden Detailfragen umfassend zu klären. Das Buch soll daher auch das Verständnis für die Systematik der Verkehrsteuern schulen und eigene Lösungsansätze der Leser unterstützen.

Zu beachten ist dabei, dass auch der schnelle Rhythmus, in der Steuergesetze geändert, ergänzt oder mit neuen Regelungsinhalten versehen werden, vor den Verkehrsteuern nicht Halt macht. So sind seit der Voraufgabe einige neue Regelungen eingeführt worden, die das Rechtsgebiet nicht überschaubarer gemacht haben. Exemplarisch sei hier nur auf die neue Sportwettensteuer und die Regelungen im KraftStG zur Abfederung der Infrastrukturabgabe, bei der es sich dem Kern nach um eine Maut für PKW handelt, erwähnt.

Für Hinweise und Anregungen aus dem Leserkreis sind Verlag und Autor dankbar.

Im Dezember 2015

Der Verfasser

Die wichtigsten Rechtsquellen:

1. Grunderwerbsteuer:

Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG 1983) i. d. F. der Bekanntmachung vom 26.02.1997

2. Kraftfahrzeugsteuer:

Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG 2002)

Kraftfahrzeugsteuer-Durchführungsverordnung (KraftStDV) i. d. F. der Bekanntmachung vom 26.09.2002

3. Versicherungsteuer:

Versicherungsteuergesetz (VersStG 1996)

Versicherungsteuer-Durchführungsverordnung (VersStDV 1996)

4. Feuerschutzsteuer:

Feuerschutzsteuergesetz (FeuerschStG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 10.01.1996

5. Rennwett- und Lotteriesteuer:

Rennwett- und Lotteriegesetz (RennwLottG 1922)

Ausführungsbestimmungen zum Rennwett- und Lotteriegesetz (RennwLottAB 1922)

Inhaltsübersicht

	Seite
1 Allgemeines	21
1.1 Die Stellung der Verkehrsteuern im Steuersystem	21
1.1.1 Die Verkehrsteuern und ihre Steuergegenstände	21
1.1.2 Das Wesen der Verkehrsteuern	22
1.1.2.1 Der Steuercharakter der Verkehrsteuern	22
1.1.2.2 Die Verkehrsteuern gegenüber den Besitz- und Verbrauchsteuern ..	22
1.1.3 Das Verhältnis der Umsatzsteuer zu den anderen Verkehrsteuern..	23
1.1.4 Direkte und indirekte Verkehrsteuern	24
1.2 Die Stellung der speziellen Verkehrsteuern im Staatsleben	24
1.2.1 Geschichte, Situation und Zukunft der speziellen Verkehrsteuern ..	24
1.2.2 Gesetzgebungszuständigkeit und Ertragshoheit bei Verkehrsteuern	26
1.2.3 Verwaltung und Bedeutung der speziellen Verkehrsteuern	26
2 Grunderwerbsteuer	29
2.1 Allgemeines	29
2.1.1 Übersicht über die Gesetzesänderungen	29
2.1.2 Geschichtliche Entwicklung	31
2.1.3 Verfassungsrechtliche Grundlagen, Bedeutung und Rechtsquellen ..	31
2.1.4 Verhältnis zu anderen Steuern	32
2.1.4.1 Erbschaft-/Schenkungssteuer	32
2.1.4.2 Umsatzsteuer	32
2.1.4.3 Einkommensteuer	34
2.1.5 Geltung der AO	35
2.2 Der Steuergegenstand	35
2.2.1 Der Grundstückserwerb nach bürgerlichem Recht	35
2.2.2 Die Systematik der Erwerbstatbestände des § 1 GrEStG	38
2.2.2.1 Vorbemerkung	38
2.2.2.2 Der Grundtatbestand	38
2.2.2.3 Die Hilfstatbestände	38
2.2.2.4 Die Ergänzungstatbestände	39
2.2.3 Die Bindung an das bürgerliche Recht (wirtschaftliche Betrachtungsweise und wirtschaftliches Eigentum im Grunderwerbsteuerrecht)	40
2.2.4 Die selbständigen Rechtsträger, insbesondere Personengesellschaften	42
2.2.4.1 Mit einem Gesellschaftsanteil fest verbundenes Grundstück	47
2.2.5 Die Haupttatbestände	48
2.2.5.1 Der Grundtatbestand	48
2.2.5.2 Die Auflassung	51
2.2.5.3 Der Übergang des Eigentums	52
2.2.5.3.1 Allgemeines	52
2.2.5.3.2 Die „übertragenden“ Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz	54
2.2.5.3.3 Der Formwechsel nach dem Umwandlungsgesetz	56

Inhaltsübersicht

2.2.5.3.4	Eigentumsübergang in anderen Fällen (insbesondere Enteignung und Flurbereinigung)	57
2.2.5.4	Das Meistgebot	60
2.2.5.5	Die Zwischengeschäfte	62
2.2.6	Die Ergänzungstatbestände	66
2.2.6.1	Einleitung	66
2.2.6.2	Der Erwerb der Verwertungsmöglichkeit	67
2.2.6.3	Wesentliche Änderung des Gesellschafterbestandes einer Personengesellschaft	71
2.2.6.3.1	Vorbemerkung	71
2.2.6.3.2	Steuertatbestand	71
2.2.6.3.3	Verhältnis zu Befreiungsvorschriften	79
2.2.6.4	Die Anteilsvereinigung	81
2.2.6.4.1	Die „Vereinigung“ von 95 % der Anteile in einer Hand	82
2.2.6.4.2	Innehaben einer wirtschaftlichen Beteiligung	84
2.2.6.4.3	Grundstücke im Vermögen der Gesellschaft	85
2.2.7	Aufeinanderfolge mehrerer Tatbestände	87
2.3	Der Grundstücksbegriff	88
2.3.1	Vorbemerkung	88
2.3.2	Der Grundstücksbegriff des bürgerlichen Rechts	88
2.3.3	Der Grundstücksbegriff des Grunderwerbsteuerrechts	91
2.3.4	Sonderformen des Grunderwerbsteuerlichen Grundstücks	96
2.3.4.1	Miteigentumsanteil und Anteil an einer Gesamthand	96
2.3.4.2	Wohnungseigentum und Teileigentum	97
2.3.5	Die Grundstücksgleichen Rechte	100
2.3.5.1	Bürgerlich-rechtliche Vorbemerkung	100
2.3.5.2	Das Erbbaurecht und das Wohnungserbbaurecht	100
2.3.5.3	Das Gebäude auf fremdem Boden	105
2.3.5.4	Dinglich gesicherte Sondernutzungsrechte	108
2.3.6	Wirtschaftliche Einheiten und Grundstücksteile als Gegenstand eines Erwerbsvorgangs	109
2.4	Die Steuerbefreiungen	111
2.4.1	Die allgemeinen Steuerbefreiungen	111
2.4.1.1	Gemeinsamkeiten der Steuerbefreiungen	111
2.4.1.2	Bagatellgrenze	112
2.4.1.3	Grundstückserwerb von Todes wegen und Grundstücksschenkungen	112
2.4.1.3.1	Vorbemerkung	112
2.4.1.3.2	Erwerb von Todes wegen	113
2.4.1.3.2.1	Erbrechtliche Grundlagen	113
2.4.1.3.2.2	Grunderwerbsteuerliche Behandlung	113
2.4.1.3.3	Schenkungen unter Lebenden	116
2.4.1.3.3.1	Bürgerlich-rechtliche Grundlagen	116
2.4.1.3.3.2	Grunderwerbsteuerliche Behandlung	117
2.4.1.4	Erwerb eines Nachlassgrundstücks bei der Erbauseinandersetzung	119
2.4.1.4.1	Bürgerlich-rechtliche Vorbemerkung	119
2.4.1.4.2	Grunderwerbsteuerliche Behandlung	120
2.4.1.5	Erwerbe zwischen Ehegatten und Lebenspartnern	122

2.4.1.6	Erwerbe im Zusammenhang mit einer Scheidung oder Vermögensauseinandersetzung	122
2.4.1.7	Erwerbsvorgänge zwischen Personen, die in gerader Linie verwandt sind	123
2.4.1.7.1	Bürgerlich-rechtliche Vorbemerkung	123
2.4.1.7.2	Grunderwerbsteuerliche Behandlung	123
2.4.1.8	Erwerbe bei Auseinandersetzung einer fortgesetzten Gütergemeinschaft	124
2.4.1.8.1	Bürgerlich-rechtliche Vorbemerkung	124
2.4.1.8.2	Grunderwerbsteuerliche Behandlung	125
2.4.1.9	Rückerwerb eines Grundstücks durch den Treugeber bei Auflösung des Treuhandverhältnisses	125
2.4.2	Besondere Ausnahmen von der Besteuerung	126
2.4.2.1	Befreiungen im GrEStG	126
2.4.2.2	Befreiungen außerhalb des Grunderwerbsteuergesetzes	128
2.4.3	Erwerbsvorgänge zwischen Gesamthändern und der Gesamthand sowie Aufteilung in Flächeneigentum	130
2.4.3.1	Der Grundgedanke der Befreiungen	130
2.4.3.2	Die Ermittlung der maßgeblichen Beteiligungsquote	131
2.4.3.3	Einzelheiten: Verhinderung von Steuerumgehungen	133
2.4.3.3.1	Übertragungen auf eine Gesamthand	133
2.4.3.3.2	Übergang von einer Gesamthand	137
2.4.3.4	Einzelfragen	140
2.4.3.4.1	Zusammentreffen mit anderen Steuerbefreiungen	140
2.4.3.4.2	GmbH & Co. KG	140
2.4.3.4.3	Juristische Personen	140
2.4.3.4.4	Anteilsvereinigung	141
2.4.3.4.5	Steuervergünstigungen bei Umstrukturierungen im Konzern	141
2.4.3.4.5.1	Begünstigte Rechtsvorgänge	142
2.4.3.4.5.2	Begünstigte Konzernsachverhalte	143
2.4.3.4.5.3	Zeitkorridor	145
2.4.3.4.5.4	Rechtsfolgen	146
2.4.3.4.6	Umwandlung von gemeinschaftlichem Eigentum in Flächeneigentum	146
2.5	Die Besteuerungsgrundlage (Bemessungsgrundlage)	149
2.5.1	Einleitung	149
2.5.2	Der für die Besteuerung maßgebende Zustand des Grundstücks	151
2.5.2.1	Bauherrenmodelle	152
2.5.2.2	Gegenstand des Erwerbsvorgangs bei faktischer Verknüpfung von Verträgen	154
2.5.3	Der Begriff der Gegenleistung	158
2.5.3.1	Die eigentliche Gegenleistung	159
2.5.3.2	Zusatzleistungen des Erwerbers zur vereinbarten Gegenleistung	165
2.5.3.3	Die auf den Erwerber kraft Gesetzes übergehenden nicht-dauernden Grundstückslasten	166
2.5.3.4	Leistungen an Dritte für Erwerbsverzicht	170
2.5.3.5	Drittleistungen an den Veräußerer für den Erwerb	170
2.5.3.6	Keine „Hinzurechnung“, wenn die Gegenleistung den gemeinen Wert nicht erreicht	170

Inhaltsübersicht

2.5.3.7	Kürzungen der Gegenleistung, insbesondere die Aufteilung einer Gesamtgegenleistung	171
2.5.4	Die Bewertung der Gegenleistung	173
2.5.5	Die Gegenleistung beim Tausch	175
2.5.6	Die Gegenleistung in Sonderfällen	176
2.5.6.1	Einleitung	176
2.5.6.2	Die Gegenleistung bei Hingabe eines Grundstücks an Erfüllung statt	177
2.5.6.3	Die Gegenleistung beim Meistgebot	177
2.5.6.4	Die Gegenleistung bei Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot und des Übereignungsanspruchs	181
2.5.6.5	Die Gegenleistung bei der Enteignung	181
2.5.6.6	Die Gegenleistung in gesetzlich nicht geregelten Sonderfällen	182
2.5.6.6.1	Die Gegenleistung beim Eigentumsübergang	182
2.5.6.6.2	Die Gegenleistung beim Erwerb der Verwertungsmöglichkeit	182
2.5.6.6.3	Die Bemessungsgrundlage bei gemischten Schenkungen und Schenkungen unter einer Auflage	183
2.5.6.6.4	Bemessungsgrundlage bei „Bauherrenmodellen“ und ähnlichen Gestaltungen	183
2.5.7	Der Grundbesitzwert als Besteuerungsgrundlage	184
2.5.7.1	Anwendungsbereich	185
2.5.7.2	Fehlende Gegenleistung	185
2.5.7.3	Nicht zu ermittelnde Gegenleistung	186
2.5.7.4	Die Bemessungsgrundlage bei Umwandlungen, Einbringungen und anderen Erwerbsvorgängen auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage .	187
2.5.7.5	Änderungen im Gesellschafterbestand	187
2.5.7.6	Anteilsvereinigung	187
2.5.8	Der maßgebende Grundbesitzwert	187
2.5.8.1	Abgrenzung und Bewertung (Hinweise)	188
2.5.8.2	Grundvermögen (Bedarfswert)	188
2.5.8.2.1	Sonderfälle	189
2.5.8.2.2	Land- und Forstwirtschaft (Bedarfswert)	189
2.5.8.2.3	Verfahrensrechtliches	190
2.6	Nichtfestsetzung der Steuer, Aufhebung oder Änderung der Steuerfestsetzung	190
2.6.1	Einleitung	190
2.6.2	Gliederung der Tatbestände	191
2.6.3	Die freiwillige Rückgängigmachung vor Eigentumsübergang	191
2.6.3.1	Notwendigkeit echter Rückgängigmachung	192
2.6.3.2	Fristen für die Rückabwicklung	194
2.6.3.3	Antrag, Verfahrensrechtliches	195
2.6.4	Rückgängigmachung aufgrund eines Rechtsanspruchs	195
2.6.5	Freiwilliger Rückerwerb des Eigentums	196
2.6.6	Rückerwerb bei nichtigem Kausalgeschäft	197
2.6.7	Rückerwerb aufgrund eines Rechtsanspruchs	197
2.6.8	Nachträgliche Herabsetzung der Gegenleistung	198
2.6.9	Anwendbarkeit von § 16 auf Erwerbsvorgänge nach § 1Abs. 2, 2 a und 3 GrEStG	198
2.7	Steuersatz, Veranlagung, Anzeigepflichten, Unbedenklichkeitsbescheinigung ..	198
2.7.1	Steuersatz	198

2.7.2	Pauschbesteuerung	199
2.7.3	Steuerschuldner	199
2.7.3.1	Steuerschuldner im Regelfall	199
2.7.3.2	Steuerschuldner in Sonderfällen	200
2.7.4	Entstehung der Steuer	201
2.7.5	Fälligkeit	201
2.7.6	Örtliche Zuständigkeit, Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	202
2.7.7	Anzeigepflichten der Gerichte, Behörden und Notare	204
2.7.8	Anzeigepflicht der Beteiligten	204
2.7.9	Unbedenklichkeitsbescheinigung	205
3	Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt)	207
3.1	Allgemeines	207
3.1.1	Zweck, Bedeutung und Verhältnis zum Verkehrsrecht	207
3.1.2	Rechtsquellen der KraftSt	208
3.1.3	Gesetzgebungszuständigkeit, Steuergläubiger, Erhebung	209
3.1.4	Geschichte der KraftSt	209
3.1.5	Situation und Zukunft der KraftSt	211
3.2	Gegenstand der Steuer	213
3.2.1	Fahrzeuge	213
3.2.2	Inländisches Fahrzeug	214
3.2.3	Ausländisches Fahrzeug	215
3.2.4	Halten eines Fahrzeuges	217
3.2.4.1	Saisonkennzeichen	218
3.2.5	Verkehr auf öffentlichen Straßen	219
3.2.6	Zuteilung von Kennzeichen für Prüfungs-, Probe- und Überführungsfahrten	220
3.2.6.1	Rote Kennzeichen zur wiederkehrenden Verwendung	220
3.2.6.1.1	Kurzzeitkennzeichen	222
3.2.6.1.2	Oldtimerkennzeichen	223
3.2.7	Widerrechtliche Benutzung	223
3.3	Steuerbefreiungen	227
3.3.1	Allgemeines	227
3.3.2	Zulassungsfreie Fahrzeuge	229
3.3.2.1	(Selbstfahrende) Arbeitsmaschinen und Stapler	230
3.3.2.2	Einachsige Zugmaschinen	231
3.3.2.3	Kleinkrafträder, Fahrräder mit Hilfsmotor und Leichtkrafträder	232
3.3.2.4	Maschinell angetriebene Krankenfahrstühle	232
3.3.2.5	Anhänger	232
3.3.3	Fahrzeuge der Sicherheitsbehörden	233
3.3.4	Wegebaufahrzeuge von Gebietskörperschaften	234
3.3.5	Fahrzeuge zur Straßenreinigung	234
3.3.6	Notfallfahrzeuge	235
3.3.7	Fahrzeuge für Hilfsgütertransporte	237
3.3.8	Omnibusse im Linienverkehr	238
3.3.9	Zugmaschinen, Sonderfahrzeuge und Anhänger in bzw. für land- oder forstwirtschaftliche Betriebe bzw. zur Beförderung von Milch etc.	239

Inhaltsübersicht

3.3.9.1	Allgemeines	239
3.3.9.2	Kreis der steuerbefreiten Fahrzeuge	240
3.3.9.2.1	Zugmaschinen	240
3.3.9.2.2	Sonderfahrzeuge	241
3.3.9.2.3	Anhänger	242
3.3.9.3	Begriff des land- und forstwirtschaftlichen Betriebs	242
3.3.9.4	Verwendung im land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb	244
3.3.9.5	Lohnarbeiten für land- oder forstwirtschaftliche Betriebe	244
3.3.9.6	Beförderungen für land- oder forstwirtschaftliche Betriebe	245
3.3.9.7	Beförderung von Milch etc.	246
3.3.9.8	Pflege öffentlicher Grünflächen und Straßenreinigung	246
3.3.9.9	Beispiele:	247
3.3.10	Schausteller-Fahrzeuge	248
3.3.11	Kombinierter Verkehr	249
3.3.12	Fahrzeuge diplomatischer und konsularischer Vertretungen	250
3.3.13	Ausländische Fahrzeuge	251
3.3.13.1	Allgemeines	251
3.3.13.2	Vorübergehender Aufenthalt von Personenkraftfahrzeugen	251
3.3.13.3	Steuerbefreiung nach dem Genfer und nach bilateralen Abkommen	253
3.3.13.4	Sonderfälle in § 3 Nr. 14 bis 16 KraftStG	256
3.3.14	Fahrzeuge von Schwerbehinderten	256
3.3.14.1	Zweck, Umfang und Verhältnis zu anderen Steuervergünstigungen	256
3.3.14.2	Begünstigter Personenkreis	257
3.3.14.3	Begünstigte Fahrzeuge und deren Anzahl	258
3.3.14.4	Ausschluss der Steuervergünstigungen	259
3.3.14.5	Formelle Voraussetzungen und Folgen der Steuervergünstigung	261
3.3.14.6	Besitzstandsklausel	263
3.3.15	Berücksichtigung der Schadstoffemissionen und des Kraftstoffverbrauchs bei der Besteuerung von Personenkraftwagen	264
3.3.15.1	Stärkere Berücksichtigung der Schadstoffemissionen bei der Besteuerung von Personenkraftwagen	264
3.3.15.1.1	Überblick über die Steuerbegünstigungen und deren Voraussetzungen	264
3.3.15.1.2	Besonders schadstoffreduzierte Personenkraftwagen gem. § 3 b KraftStG	266
3.3.15.1.2.1	Allgemeines	266
3.3.15.1.2.2	Steuerbefreiung für besonders schadstoffreduzierte Personenkraftwagen mit Selbstzündungsmotor	266
3.3.15.1.2.3	Steuerbefreiung für besonders partikelreduzierte Personenkraftwagen	268
3.3.15.1.2.4	Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge	268
3.3.16	Sonstige Steuerbefreiungen	270
3.3.16.1	Fahrzeuge internationaler Organisationen	270
3.3.16.2	Hinweis auf Sonderfälle von Steuerbefreiungen	270
3.3.16.3	Fälle ohne Vergünstigungsmöglichkeiten	270
3.4	Steuerberechnung	271
3.4.1	Bemessungsgrundlage	271
3.4.1.1	Nach dem Hubraum werden besteuert	271
3.4.1.2	Besteuerung nach Kohlendioxidemissionen	273

3.4.1.3	Wohnmobile	273
3.4.1.4	Anderer Fahrzeuge	273
3.4.1.5	Umbaufälle	275
3.4.1.6	Änderung des KraftSt-Bescheides bei fehlerhafter Einstufung eines Umbaufalles	277
3.4.2	Steuersätze	278
3.4.2.1	Überblick	278
3.4.2.2	Krafträder mit Hubkolbenmotoren	279
3.4.2.3	Personenkraftwagen mit Hubkolbenmotoren	279
3.4.2.3.1	Euro-3-PKW, Euro-4-PKW und 3-Liter-Autos als schadstoffarm anerkannt	280
3.4.2.3.2	Euro-2-PKW (und 5-Liter-Autos) als schadstoffarm anerkannt	281
3.4.2.3.3	Euro-1-PKW und vergleichbare PKW schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm	281
3.4.2.3.4	Euro-1-ähnliche PKW, nicht schadstoffarm, die bei Ozonalarm fahren dürfen	281
3.4.2.3.5	PKW, die schlechter als Euro 1 sind (Fahrzeuge mit ungeregeltem Katalysator)	281
3.4.2.3.6	Übersicht über die für die Einstufung maßgeblichen Schlüsselnummern	282
3.4.2.3.7	Besteuerung nach Kohlendioxidemission und Hubraum	285
3.4.2.3.8	Besteuerung der Wohnmobile	285
3.4.2.3.9	Besteuerung von Fun-Fahrzeugen	286
3.4.2.4	Alle anderen Fahrzeuge	286
3.4.2.4.1	Kraftfahrzeuge bis zu 3.500 kg Gesamtgewicht	287
3.4.2.4.2	Schadstoffarme Kraftfahrzeuge mit einem verkehrsrechtlich zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3.500 kg	287
3.4.2.4.3	Geräuscharme Kraftfahrzeuge mit einem verkehrsrechtlich zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3.500 kg	289
3.4.2.4.4	Kraftfahrzeuge mit einem verkehrsrechtlich zulässigen Gesamtgewicht von von mehr als 3.500 kg, die weder schadstoff- noch geräuscharm sind	290
3.4.2.4.5	Kraftfahrzeug-Anhänger	291
3.4.2.5	Autobahnbenutzungsgebühr für schwere Nutzfahrzeuge	291
3.4.2.6	Elektrofahrzeuge	292
3.4.2.7	Ausländische Fahrzeuge	292
3.4.2.8	Oldtimer-Kennzeichen und rote Kennzeichen	293
3.4.2.9	Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer im Zusammenhang mit der Infrastrukturabgabe	293
3.4.2.10	Zuschlag für Personenwagen mit Dieselmotor	294
3.4.3	Sonderregelung für Kfz-Anhänger	295
3.4.3.1	Bedeutung	295
3.4.3.2	Voraussetzungen	295
3.4.3.3	Folge von Verstößen	296
3.5	Erhebungsverfahren	298
3.5.1	Steuerschuldner	298
3.5.1.1	Inländische Fahrzeuge	298
3.5.1.2	Ausländische Fahrzeuge	298
3.5.1.3	Widerrechtlich benutzte Fahrzeuge	298

Inhaltsübersicht

3.5.1.4	Vergabe von roten Kennzeichen und Oldtimer-Kennzeichen	299
3.5.2	Zuständigkeiten	299
3.5.3	Steuertentstehung und Dauer der Steuerpflicht	301
3.5.3.1	Steuertentstehung	301
3.5.3.2	Dauer der Steuerpflicht	302
3.5.3.2.1	Inländische Fahrzeuge	302
3.5.3.2.2	Ausländische Fahrzeuge	306
3.5.3.2.3	Widerrechtlich benutzte Fahrzeuge	307
3.5.3.2.4	Rote Kennzeichen, Ausfuhr- und Oldtimer-Kennzeichen	307
3.5.3.2.5	Saisonkennzeichen	308
3.5.3.2.6	Genauere Dauer der Steuerpflicht	308
3.5.4	Fälligkeit und Entrichtungszeiträume	310
3.5.4.1	Fälligkeit	310
3.5.4.2	Entrichtungszeiträume	311
3.5.4.2.1	Bedeutung und Übersicht	311
3.5.4.2.2	Regelentrichtungszeitraum ein Jahr	311
3.5.4.2.3	Halb-, Vierteljahresentrichtungszeitraum	311
3.5.4.2.4	Wechsel des Entrichtungszeitraums	312
3.5.4.2.5	Entrichtung nach Tagen	312
3.5.4.2.6	Ausländische Fahrzeuge	314
3.5.4.2.7	Abrechnungsverfahren	314
3.5.5	Steuerfestsetzung	315
3.5.5.1	Steuererklärungen, Steuerkarten	315
3.5.5.2	Unbefristete Steuerfestsetzungen	316
3.5.5.3	Befristete Steuerfestsetzungen	317
3.5.5.4	Neufestsetzungen	317
3.5.5.4.1	Zweck	317
3.5.5.4.2	Änderung von Bemessungsgrundlage oder Steuersatz	318
3.5.5.4.3	Eintritt oder Wegfall von Voraussetzungen einer Steuervergünstigung	318
3.5.5.4.4	Nachträgliche Feststellung des Nichtvorliegens von Steuervergünstigungen	319
3.5.5.4.5	Beendigung der Steuerpflicht	321
3.5.5.4.6	Berichtigung eines fehlerhaften Steuerbescheides	322
3.5.5.4.7	Änderung der Gültigkeitsdauer eines Saisonkennzeichens	323
3.5.5.4.8	Ergänzungsfestsetzung	323
3.5.5.4.9	Verschiebung von Neufestsetzungen	323
3.5.5.5	Standortverlegung ohne Halterwechsel	323
3.5.5.6	Festsetzungs- und Zahlungsverjährung	324
3.5.5.7	Streitwert im KraftSt-Rechtsstreit	324
3.5.5.8	Steuererlass aus Billigkeitsgründen	325
3.6	Erstattung der Steuer	325
3.6.1	Erstattung der Steuer gem. § 37 AO	325
3.6.2	Erstattung der Steuer bei Beförderungen von Fahrzeugen mit der Eisenbahn	326
4	Versicherungsteuer	328
4.1	Allgemeines	328
4.1.1	Zweck der Versicherungsteuer	328

4.1.2	Stellung der Versicherungsteuer im Rechtsgefüge	328
4.1.2.1	Verhältnis zu anderen Rechtsgebieten	328
4.1.2.2	Verhältnis zu anderen Steuern	328
4.1.3	Rechtsquellen der Versicherungsteuer	329
4.1.3.1	Versicherungsteuergesetz (VersStG)	329
4.1.3.2	Versicherungsteuer-Durchführungsverordnung (VersStDV)	330
4.1.4	Gesetzgebungszuständigkeit, Steuergläubiger, Erhebung	330
4.1.5	Geschichte	330
4.2	Steuergegenstand der Versicherungsteuer	333
4.2.1	Zahlung des Versicherungsentgelts	334
4.2.1.1	Beispiele für Entgeltsbestandteile	336
4.2.1.2	Beispiele für nicht zum Entgelt gehörende Beträge	337
4.2.1.3	Verrechnung von Gewinnanteilen	338
4.2.2	Versicherungsverhältnis	340
4.2.2.1	Begriff	340
4.2.2.2	Arten	341
4.2.2.2.1	Versicherungsverhältnisse, entstanden durch Vertrag und auf sonstige Weise	342
4.2.2.2.2	Versicherung bei öffentlich-rechtlichen bzw. privaten Versicherungsunternehmen	342
4.2.2.2.3	Sach- und Personenversicherung	343
4.2.2.3	Sonderfälle und Beispiele	344
4.2.2.3.1	§ 2 Abs. 1 VersStG	344
4.2.2.3.2	Forderungsausfall-, Delkredere-, Kreditversicherung	345
4.2.2.3.3	Gruppenversicherungen	346
4.2.2.3.4	Zahlungen an Unterstützungskassen	346
4.2.2.3.5	Schadensreservereintritte	346
4.2.2.3.6	§ 2 Abs. 2 VersStG – Bürgschaft kein Versicherungsvertrag	347
4.2.2.3.7	Selbstversicherung – kein Versicherungsvertrag	347
4.2.2.3.8	Innerbetriebliche Umbuchungen – kein Versicherungsvertrag	348
4.2.2.3.9	Verschaffung von Versicherungsschutz durch Kreditvermittler für seine Kunden – kein Versicherungsvertrag	348
4.2.2.3.10	Leistungen aus Einlagesicherungsfonds auch an Nichtmitglieder – kein Versicherungsvertrag	348
4.2.2.3.11	Risikoübernahme durch Leasinggesellschaft	349
4.2.3	Tatbestände des Versicherungsteuergesetzes	349
4.2.3.1	Örtliche Voraussetzungen	349
4.2.3.2	Tatbestände des § 1 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 VersStG	350
4.2.3.3	Tatbestände des § 1 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 1 VersStG	353
4.2.3.4	Tatbestände des § 1 Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 VersStG	353
4.2.3.5	Bedeutung des Niederlassungsorts des Versicherers	356
4.2.4	Fälle zum Steuergegenstand	357
4.3	Steuerbefreiungen	359
4.3.1	Rückversicherung	359
4.3.2	Öffentlich-rechtliche Pensionskassen	360
4.3.3	Unfallversicherung nach SGB VII	360
4.3.4	Arbeitslosenversicherung nach SGB III, Versicherung nach EFZG und AAG	361
4.3.5	Personenversicherungen	361

Inhaltsübersicht

4.3.6	Versorgungsempfänger	364
4.3.7	Lohnausgleichsversicherungen	364
4.3.8	Versicherungen bei Arbeitskämpfen	364
4.3.9	Versicherungen für ausländische Vertretungen und deren Personal	365
4.3.10	Viehversicherungen	365
4.3.11	Transportgüterversicherung für internationale Transporte	365
4.3.12	Schiffserlöspools mit Umlageerhebung	366
4.3.13	Brandunterstützungsvereine	367
4.3.14	Andere Steuerbefreiungen	367
4.4	Steuerberechnung	368
4.4.1	Bemessungsgrundlage	368
4.4.1.1	Ausgangspunkt: Versicherungsentgelt	368
4.4.1.2	Regelfall: Entgelt für jede einzelne Versicherung	368
4.4.1.3	Hagelversicherungen	368
4.4.1.4	Versicherungen mit Feuerschutzanteil	369
4.4.1.5	Umrechnung ausländischer Werte	369
4.4.2	Steuersatz	370
4.4.3	Rechnung	372
4.5	Erhebungsverfahren	373
4.5.1	Steuerschuldner, Haftungsschuldner, Entrichtungsschuldner	373
4.5.2	Zuständigkeit, Anmeldungs- und Mitteilungspflichten	376
4.5.2.1	Zuständigkeit	376
4.5.2.2	Anmeldungsspflichten und Anzeigepflichten	376
4.5.2.3	Mitteilungspflichten von Behörden	377
4.5.3	Entrichtung und Entstehung der Steuer	377
4.5.3.1	Arten der Steuerentrichtung	377
4.5.3.1.1	Entstehung der Versicherungsteuer	377
4.5.3.1.2	Steueranmeldungsverfahren nach der Ist-Einnahme	378
4.5.3.1.3	Steueranmeldungsverfahren nach der Soll-Einnahme	378
4.5.3.1.4	Steueranmeldungsverfahren durch den Versicherungsnehmer	378
4.5.3.2	Grundlage der Steuerentrichtung	378
4.5.3.3	Einzelheiten der Steuerentrichtung	379
4.5.3.3.1	Anmeldungszeitraum	379
4.5.3.3.2	Anmeldungsfrist	379
4.5.3.3.3	Zahlungsfrist	379
4.5.3.3.4	Änderung von Versicherungsentgelten	380
4.5.3.3.5	Mitversicherung	380
4.5.3.3.6	Pauschverfahren, Schätzung	380
4.5.3.3.7	Anmeldungsverpflichtete Person	380
4.5.3.3.8	Form der Anmeldung:	380
4.5.4	Festsetzung der Steuer	381
4.5.4.1	Festsetzung durch das BZSt bei Nichtabgabe der Steueranmeldung	381
4.5.4.2	Festsetzung durch das BZSt aufgrund einer Außenprüfung	381
4.5.4.3	Haftung	382
4.5.4.4	Festsetzungsverjährung	382
4.6	Erstattung der Steuer	383
4.6.1	Arten der Erstattung	383
4.6.2	Möglichkeiten und Ausschlüsse der Erstattung	383

4.6.3	Beispiele	385
4.6.4	Nachrichtung der Steuer bei der Versicherung von Schiffen	386
4.6.5	Verhältnis von § 9 VersStG zu § 3 Abs. 2 VersStG	387
4.6.6	Form, Berechtigter und Ausmaß der Erstattung	387
4.7	Anwendungsvorschriften, Übergangsregelungen	388
5	Feuerschutzsteuer	389
5.1	Allgemeines	389
5.1.1	Zweck der Feuerschutzsteuer	389
5.1.2	Verhältnis zu anderen Steuern und Abgaben	389
5.1.2.1	Zur Versicherungssteuer	389
5.1.2.2	Zur Feuerwehragabe	390
5.1.3	Rechtsquellen der Feuerschutzsteuer	390
5.1.4	Gesetzgebungszuständigkeit, Steuergläubiger, Erhebung	392
5.1.5	Geschichte	392
5.2	Steuergegenstand	394
5.2.1	Entgegennahme von Versicherungsentgelten	395
5.2.1.1	Versicherungsentgelt	395
5.2.1.2	Nicht zum Versicherungsentgelt gehörende Kosten für Sonderleistungen	395
5.2.1.3	Die Feuerschutzsteuer knüpft an den äußeren Akt der Entgegennahme des Versicherungsentgelts durch den Versicherer an	395
5.2.1.4	Verrechnung von Gewinnanteilen	396
5.2.2	Feuerversicherungen	396
5.2.2.1	Begriff	396
5.2.2.2	Kombinierte Versicherungen	397
5.2.3	Versicherter Gegenstand bzw. Risiko im Geltungsbereich des Gesetzes	400
5.2.3.1	Sachbelegenheit	400
5.2.3.2	Risikobelegenheit	401
5.3	Steuerbefreiungen	402
5.4	Steuerberechnung	403
5.4.1	Bemessungsgrundlage	403
5.4.1.1	Rechtslage bis zum 30.06.2010	403
5.4.1.2	Rechtslage ab dem 01.07.2010	403
5.4.1.3	Gesamtbetrag der Entgelte	403
5.4.1.4	Rückversicherung	404
5.4.2	Steuersatz und Steuerberechnung	404
5.5	Erhebungsverfahren	405
5.5.1	Steuerschuldner	405
5.5.2	Zuständigkeit	405
5.5.2.1	Rechtslage bis zum 30.06.2010	405
5.5.2.2	Rechtslage ab dem 01.07.2010	406
5.5.3	Anmeldungs- und Mitteilungspflichten	406
5.5.4	Entstehung der Steuer	407
5.5.5	Entrichtung der Steuer	407
5.5.5.1	Arten der Steuerentrichtung	407

Inhaltsübersicht

5.5.5.1.1	Steueranmeldungsverfahren nach der Ist-Einnahme	407
5.5.5.1.2	Steueranmeldungsverfahren nach der Soll-Einnahme	407
5.5.5.1.3	Steueranmeldungsverfahren durch den Versicherungsnehmer	407
5.5.5.2	Grundlage der Steuerentrichtung	407
5.5.5.3	Einzelheiten der Steuerentrichtung	408
5.5.5.3.1	Anmeldungszeitraum	408
5.5.5.3.2	Anmeldungsfrist	409
5.5.5.3.3	Zahlungsfrist	409
5.5.5.3.4	Änderung von Versicherungsentgelten	409
5.5.5.3.5	Pauschverfahren	409
5.5.6	Festsetzung der Steuer	409
5.5.6.1	Festsetzung durch das FA bei Nichtabgabe der Steueranmeldung . .	410
5.5.6.2	Festsetzung aufgrund einer Außenprüfung	410
5.6	Minderung der Bemessungsgrundlage	411
5.6.1	Rückzahlung des Versicherungsentgelts	411
5.6.2	Nicht eingegangene Versicherungsentgelte	411
5.7	Zerlegung des Steueraufkommens	411
6	Rennwett- und Lotteriesteuer	414
6.1	Allgemeines	414
6.1.1	Zweck und Abgrenzung beider Steuern	414
6.1.2	Rechtsquellen und Geschichte	414
6.1.3	Aufbau der Rechtsquellen	415
6.1.4	Verhältnis zu anderen Steuern	416
6.1.5	Gesetzgebungszuständigkeit, Steuergläubiger, Erhebung	417
6.1.6	Verfassungsmäßigkeit	417
6.2	Rennwettsteuer	418
6.2.1	Steuergegenstand	418
6.2.1.1	Totalisator und Buchmacher	418
6.2.1.2	(Öffentliche) Pferderennen etc.	420
6.2.1.3	Abschluss von Wetten	420
6.2.2	Bemessungsgrundlage und Steuersatz	423
6.2.2.1	Bemessungsgrundlage	423
6.2.2.2	Steuersatz	424
6.2.3	Erhebungsverfahren	424
6.2.3.1	Steuerschuldner	424
6.2.3.2	Zuständigkeit	424
6.2.3.3	Entstehung der Steuerschuld, Fälligkeit	424
6.2.3.4	Entrichtung der Steuer	425
6.2.3.5	Festsetzung der Rennwettsteuer	426
6.2.4	Erstattung der Rennwettsteuer	426

6.3	Lotterie- und Sportwettensteuer	427
6.3.1	Steuergegenstand der Lotteriesteuer	427
6.3.1.1	Lotterie und Ausspielung	428
6.3.1.2	Glücksspiel	430
6.3.1.3	Öffentlichkeit	431
6.3.1.4	Festgelegter Spielplan	433
6.3.1.5	Geleiteter Einsatz	434
6.3.1.6	Inländische Veranstaltung	436
6.3.1.7	Nebentatbestand: Einbringen ausländischer Lose oder Ausweise in das Inland	436
6.3.2	Steuergegenstand der Sportwettensteuer	436
6.3.2.1	Steuersatz	437
6.3.2.2	Verfassungsrechtliche Überlegungen	437
6.3.3	Steuerbefreiungen	439
6.3.3.1	Nichtgewerbliche Ausspielungen	439
6.3.3.2	Genehmigte Lotterien und Ausspielungen	440
6.3.3.3	Sportwettensteuer	442
6.3.4	Bemessungsgrundlage und Steuersatz bei der Lotteriesteuer	442
6.3.4.1	Bemessungsgrundlage	442
6.3.4.2	Steuersatz	444
6.3.5	Bemessungsgrundlage und Steuersatz bei der Sportwettensteuer	444
6.3.6	Erhebungsverfahren	445
6.3.6.1	Steuerschuldner	445
6.3.6.2	Zuständigkeit	446
6.3.6.3	Entstehung der Steuerschuld, Fälligkeit	446
6.3.6.4	Entrichtung der Steuer	447
6.3.6.5	Festsetzung der Lotteriesteuer	449
6.3.7	Erstattung der Lotteriesteuer	449
6.4	Sonstiges	451
6.4.1	Aufzeichnungspflichten bei Sportwetten	451
6.4.2	Verteilung der Sportwettensteuer	451
6.4.3	Öffnungsklausel	451
6.4.4	Offenbarungsbefugnisse	452
6.4.5	Steueraufsicht	452
6.4.6	Strafvorschriften	452
	Abkürzungen	455
	Paraphenschlüssel	459
	Stichwortverzeichnis	473